

Personenfreizügigkeit und Verbände

Zugang zu Arbeitskräften sichern

Auch für die Landwirtschaft und die Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) sind die bilateralen Verträge mit der EU unverzichtbar. Das haben der Schweizer Bauernverband und der Branchenverband Swissmem an einer gemeinsamen Medienkonferenz klargemacht. Sie lehnen die SVP-Initiative zur Beschränkung der Zuwanderung entschieden ab.

Für die Landwirtschaft sowie die MEM-Industrie würde die Annahme der Initiative die Möglichkeit, dringend benötigte Arbeitskräfte auch aus der EU zu rekrutieren, massiv einschränken. Das bekräftigten Swissmem-Präsident Hans Hess und Jacques Bourgeois, Direktor des Bauernverbands, beim gemeinsamen Auftritt in Bern. Grund: Nicht mehr der Bedarf der Wirtschaft, sondern der Staat würde künftig entscheiden, welche Betriebe Anspruch auf ausländische Arbeitskräfte hätten.

Rekrutierung in der EU

Für die MEM-Industrie wäre das gemäss Hess schon deshalb äusserst problematisch, weil die Branche seit Jahren unter einem Fachkräftemangel leidet. Dieser Befund wurde in einer Umfrage des Institutes BAK Basel einmal mehr bestätigt: Danach haben in der MEM-Branche derzeit drei Viertel der Firmen Schwierigkeiten, Fachkräfte zu rekrutieren. Mehr als jedes vierte Unternehmen hat offene Stellen für Fachpersonal, die nicht besetzt werden können. Für die

grosse Mehrheit ist die Rekrutierungsmöglichkeit von Fachspezialisten aus der EU deshalb äusserst wichtig.

Zudem gehen laut Swissmem rund 60 Prozent der befragten Unternehmen davon aus, dass sich ohne Personenfreizügigkeit ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit vermindern würde. Die stark exportorientierte MEM-Industrie ist gemäss dem Verband auf Innovationen angewiesen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Dafür brauche sie Fachkräfte – auch aus Europa. Die Gefährdung der Personenfreizügigkeit sei deshalb schlicht «gefährlich» für die Branche.

Wichtig für Landwirtschaft

In der Schweizer Landwirtschaft sind gemäss Bauernverband rund 20 000 ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, ein grosser Teil davon im Gemüsebau. Vor allem Betriebe mit arbeitsintensiven Kulturen sind auf diese Arbeitskräfte angewiesen, da sich für die anstrengenden, körperlichen Arbeiten nicht ausreichend Schweizerinnen und Schweizer

gewinnen lassen. Bei einer Annahme der Initiative hätte die Landwirtschaft schlechte Karten, da die Gefahr besteht, dass wertschöpfungsstarke Branchen bei der Zuteilung von Arbeitskräften bevorzugt würden und vor allem qualifizierte Fachkräfte in die Schweiz kämen. Die produzierende Landwirtschaft und die Versorgung des Schweizer Marktes mit regionalen Frischprodukten würden mit der Annahme der Initiative gefährdet, bekräftigte Bauernverband-Direktor Bourgeois.

Bilaterale unverzichtbar

Für die beiden Verbände steht ausser Frage, dass die Annahme der «Abschottungsinitiative» das Ende des gesamten bilateralen Vertragspakets mit der EU (Bilaterale I) mit sich bringen würde. Für die MEM-Industrie sind neben der Personenfreizügigkeit auch das Abkommen über technische Handelshemmnisse, das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen und das Forschungsabkommen von grosser Bedeutung. Aus diesem Grund halten gemäss Swissmem auch 85 Prozent der Unternehmen die bilateralen Verträge für «wichtig bis unverzichtbar». Deren Verlust würde – so die Folgerung – zu einer riesigen Verunsicherung im Verhältnis zur EU führen und den Verlagerungsdruck auf die Betriebe verstärken.

Das Fazit der beiden Verbände: Die bilateralen Verträge haben sowohl der Landwirtschaft wie auch der Industrie grosse Vorteile gebracht. Sie dürfen deshalb nicht aufs Spiel gesetzt werden. Beide Verbände lehnen deshalb die SVP-Initiative klar ab – und plädieren dafür, Nebenwirkungen der Zuwanderung zum Beispiel mit einer griffigen Wohnbau- und Infrastrukturpolitik anzugehen. ■ (MM/Pfi.)

Auch die Landwirtschaft ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.



Bild: Keystone/Christoph Schuerpf